



## Resolution: Der Vertreibung und dem Völkermord an Yeziden und orientalischen Christen nicht tatenlos zusehen

Sa, 06.06.2015, 15–18.00 Uhr, Carl Benz Arena: „Jeder hat das Recht, (s)ein Land zu verlassen“  
(Podenreihe Migration und Menschenrechte)

**Antragsteller/in:** Gesellschaft für bedrohte Völker; Internationale Gesellschaft für Menschenrechte; E-Mail: [infos@gfbv.de](mailto:infos@gfbv.de) (Nachfragen an: Chr. Johnsen, 030 99256956)

**Adressat:** Präsidium des Deutschen Ev. Kirchentages, Ratsvorsitzender der Ev. Kirche in Deutschland (EKD), Auslandsbischofin der Ev. Kirche in Deutschland (EKD); Friedensbeauftragter der Ev. Kirche in Deutschland (EKD), Deutsche Bischofskonferenz, DITIB, Bundesaußenminister, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, S. E. Karlsruhe

### **Text:**

Wir, die Teilnehmenden des Kirchentages, fordern alle Verantwortlichen auf, den gejagten Christen, Yeziden und anderen religiösen Minderheiten in den Ländern des Nahen Ostens aktiver beizustehen als bisher.

### **Begründung:**

Es reicht nicht, den Völkermord der Vergangenheit unentwegt zu beklagen und der heutigen Vernichtung von assyrisch-aramäischen Christen und Yeziden wieder schweigend und tatenlos zuzusehen. Es muss alle aufrütteln und empören, wenn Hunderttausende von Yeziden und Christen im Irak und Syrien um ihr Leben laufen müssen, wenn islamistische Extremisten ihre Gefangenen zu Tausenden ermorden, wenn yezidische Frauen und Mädchen vergewaltigt und auf Sklavenmärkten verkauft werden und wenn die christlichen Volksgruppen nach 2000 Jahren vollends aus ihrem Ursprungsland vertrieben und ihre Kirchen und Kulturgüter zerstört werden und ihre aramäische Sprache, die auch Christus als Muttersprache gesprochen hat, dem Untergang geweiht wird. Wir fordern die Anhänger aller friedliebenden Religionen und Überzeugungen auf, sich einzumischen und Politiker im In- und Ausland zum Handeln zu drängen, um die Not der Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch der vor Ort eingekesselten Zivilbevölkerung in den kurdischen und christlichen Regionen Nordsyriens zu lindern.

- Die türkische Regierung muss energisch dazu gedrängt werden, über einen international kontrollierten Korridor die Grenze für humanitäre Hilfe und Flüchtlinge offenzuhalten. Dafür muss Europa seinen ganzen Einfluss einsetzen.
- Die Bundesregierung muss Ankara massiv auffordern, den eigenen Einfluss auf die IS-Extremisten zu nutzen, damit die rund 200 assyrisch-aramäischen Christen endlich freigelassen werden, die am 23. Februar aus acht assyrischen Dörfern am Khabour-Fluss im äußersten Nordosten Syriens verschleppt wurden. Das Schicksal der beiden am 22. April 2013 bei Aleppo von Islamisten entführten Bischöfen, Mor Gregorius Yoanna Ibrahim und Boulos Yazigi sollte mit türkischer Hilfe aufgeklärt werden.
- Die Bundesregierung muss über ihre Entwicklungsdienste in den gehaltenen und befreiten Gebieten Nordsyriens Wiederaufbauhilfe leisten, damit die Zurückgekehrten dort bleiben und ein menschenwürdiges Leben führen können. Diese Hilfe soll an die kontrollierbare Selbstverpflichtung gekoppelt werden, die Menschenrechte zu achten.